

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Spanien in Erregung.

Der Diktator läßt planlos verhaften. — Von der Armee verlassen.

Paris, 1. Juli. (WIB.) „Deuvre“ veröffentlicht eine Depesche seines Privatkorrespondenten aus Hendaye (an der spanischen Grenze zwischen Biarritz und San Sebastian) über die Ereignisse in Spanien. Darin heißt es, die Diktatur lasse weiter Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vornehmen. Mehr als 400 Militärpersonen befanden sich in Haft, die Gefängnisse seien überfüllt. Man habe General Uguiers, der, auf der Durchreise nach Valencia begriffen, zusammen mit General Bales in Tarragona festgenommen und ins Madrider Gefängnis eingeliefert worden war, veranlassen wollen, zurückzunehmen, was er in seiner Kundgebung erklärt habe. Der General habe aber seine Behauptungen bekräftigt und hinzugefügt, er sehe die Regierung Primo de Rivera als unmoralisch an. Der ehemalige Präsident des Kongresses, der bekannte spanische Redner Melgosa des Alvaros sei gestern festgenommen worden. Außerdem sei die Weisung erteilt worden, den früheren liberalen Ministerpräsidenten Graf Romanones zu verhaften. Dieser habe sich jedoch rechtzeitig im Automobil aus seinem bei Madrid gelegenen Sitz geschlüpft und befinde sich nunmehr in einem Hotel in Hendaye. Da die Diktatur von der Armee im Stich gelassen worden sei, stütze sie sich nunmehr auf die Polizeiergane und stelle auf gut Glück Verfolgungen an. Da sie nicht wisse, wer an der Spitze der Verschwörung stehe, so sei z. B. eine Tochter des Generals Luque in Madrid festgenommen worden. Alle diese Ereignisse riefen in Spanien eine starke Erregung hervor, und aus Spanien

kommende Reisende versicherten, daß das Land am Vorabend tiefgreifender Veränderungen stehe. Die Zensur lasse unparteiische Berichte über die Ereignisse nicht zu.

#### Attentatsfurcht in Paris.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Mit der Abreise des Königs von Spanien, die am Mittwoch erfolgte, ist der Pariser Polizei ein Stein vom Herzen gefallen. In den letzten Tagen sind verschiedene spanische Anarchisten unter dem Verdacht festgenommen worden, auf den König und die Königin von Spanien während ihres Pariser Aufenthalts ein Attentat zu beabsichtigen. Zwei der festgenommenen Anarchisten sind in Spanien gesuchte Bankräuber. Man fand bei ihnen hohe Geldsummen.

Das „Petit Journal“ erklärt, daß die französische Regierung den König von Spanien vor seiner Abreise offiziell eingeladen habe, an der großen Truppenparade am 14. Juli in Paris teilzunehmen. Zu dieser Veranstaltung wird auch der Sultan von Marokko anwesend sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der General Primo de Rivera, wenn die politische Lage es ihm gestattet, bei dieser Gelegenheit seinen offiziellen Besuch in Paris machen wird. Der französische Panzerkreuzer „Paris“, der an der Beschießung der Bucht von Alhucemas teilgenommen hat und von mehreren Rihombomben getroffen wurde, ist ausgewählt worden, um den Sultan von Marokko mit seiner Begleitung zu dem offiziellen Besuch in Paris abzuholen.

#### Die Zölle im Handelspolitischen Ausschuss.

Die Regierungsparteien suchen nach einem Kompromiß. Der Handelspolitische Ausschuss, der heute bereits auf 9 Uhr einberufen war, konnte in eine Beratung deshalb nicht eintreten, weil die Vereinbarungen der Regierungsparteien den Mitgliedern noch nicht vorlagen. Die Situation ist außerordentlich ernst dadurch, daß bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung vor der Tagung des Reichstags die autonomen Zölle, die für Getreide 7 resp. 7,50 M. ausmachen, automatisch in Kraft treten würden. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion in Übereinstimmung mit der Eingabe der Gewerkschaften einen Antrag auf Verlängerung der zurzeit geltenden niedrigeren Lebensmittelzölle eingebracht und wird diesen Standpunkt in den weiteren Beratungen energisch verteidigen. Im übrigen sind bereits innerhalb der Regierungsparteien über das gestern nacht zustande gekommene Kompromiß wieder Differenzen eingetreten, so daß eine neue Beratung des Ausschusses wahrscheinlich nicht vor morgen vormittag stattfindet. In diesem Kompromiß war für Roggen ein Zollfuß von 5 M., für Weizen ein Satz von 5,50 M. in Aussicht genommen. Neben den Getreidezöllen spielten eine große Rolle die Zölle auf animalische Produkte, bei denen gleichfalls von unserer Seite auf Aufrechterhaltung der zurzeit geltenden niedrigen Sätze bestanden wird.

#### Die Regierungsparteien dementieren.

Von unterrichteter Seite wird dem WIB. mitgeteilt, daß der in verschiedenen Organen der heutigen Berliner Morgenpresse enthaltene Bericht die Besprechungen, welche innerhalb der Regierungsparteien über den schwedischen Handelsvertrag und die Lebensmittelzölle am gestrigen Tage im Reichstage stattgefunden haben, nicht zutreffend wiedergibt, insbesondere soweit er bestimmte von der Reichsregierung bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen geplante Maßnahmen in Aussicht stellt.

#### Das Fürstengericht.

Die Vorschläge für die Besetzung. Das Reichskabinett hat den Regierungsparteien eine Liste mit den Namen der für das Reichsgericht in Aussicht genommenen juristischen Persönlichkeiten und Richtjuristen übermittelt. Die Liste enthält 24 Vorschläge, von denen neun als Hauptträger und neun als Stellvertreter in Frage kommen. Parlamentarier befinden sich unter diesen in Aussicht genommenen Kandidaten nicht.

#### Feilschende Krämer.

Die „Kölnische Zeitung“ über die Fürsten. Die Antwort des Herrn v. Berg, des Bevollmächtigten der Hohenzollern, bringt jetzt auch die „Kölnische Zeitung“ in Harnisch. Von ihr war der Vorschlag ausgegangen, die Fürsten möchten durch ein weitgehendes materielles Entgegenkommen die Schwierigkeiten im Reichstag beseitigen helfen. Die Antwort war, wie nicht anders zu erwarten, eine glatte Ablehnung. Das zwingt jetzt selbst ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ zu folgender Feststellung: „Man muß feststellen, daß die Geistesverfassung, von der aus die Bevollmächtigten der Fürsten die Interessen ihres Auftraggeber wahrnehmen, von einer köpfigen Gestalt, die eine entsprechende

Zat voraussetzt, reichlich weit entfernt ist und sich vielmehr den Anschauungen eines kleinen, feilschenden Krämers nähert.

Die Vertreter der Fürsten scheinen noch gar nicht begriffen zu haben, daß die materiellen Interessen der Fürsten erst in zweiter Linie zur Verhandlung stehen, daß in erster Linie aber die Frage der Fürstenabfindung nicht zuletzt durch die Schuld dieser Herren zu einer hochpolitischen Aktion ausgemacht ist, von der die zukünftige Orientierung der gesamten deutschen Innenpolitik und damit die politische Zukunft des Reiches abhängt.

Wir sind nur zu gut davon unterrichtet, daß die Fürstenvertreter immer noch nicht das nötige Verständnis dafür haben, daß der Ausgangspunkt einer wirklich vornehmen königlichen Tat nicht früher abgeschlossene Verträge, sondern das derzeitige Kompromißgesetz sein muß und daß große Kreise des deutschen Volkes bis in die Rechtsparteien hinein die Auffassung vertreten, daß es moralische Pflicht der früheren Fürstenhäuser gewesen sei, durch materielle Opfer fürstlichen Stils dem deutschen Volke schwere innerpolitische Krisen zu ersparen.

Diese Hoffnungen waren vergebens und werden vergebens bleiben. Die Fürsten haben bei dem ganzen Abfindungsstreit gezeigt, was Geistes Kinder sie sind. Ihr moralischer Verlust an Ansehen in den Kreisen, die ihnen am nächsten standen, wiegt jedenfalls politisch schwerer als alle materiellen Güter, um die sie hartnäckig schachern.

#### Das Ausnahmerecht in England.

Um einen Monat verlängert. London, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus stimmte am Mittwoch mit 278 gegen 119 Stimmen einer Verlängerung der Ausnahmegesetzgebung und des Notverordnungsrechts der Regierung, die seit Ausbruch des Bergarbeiterstreiks in Kraft sind, um einen weiteren Monat zu. Im Verlauf der Debatte erklärte der Arbeitsminister, daß der Lohnausfall während der 10 Tage des Generalstreiks annähernd 16 Millionen Pfund betragen habe.

#### Wer will unter die Soldaten?

Rußlands Schuljugend wird militärisch ausgebildet. Moskau, 1. Juli. (TU.) Der Rat der Volkskommissare hat das Projekt des Kriegsministers Woroschilow über die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung der Jugend in Volksschule, Mittelschule und Hochschule bestätigt. Die Ausbildungspflicht soll am 1. August nach Befestigung seitens des zentralen Volkzugskomitees eingeführt werden. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht auch die Verfüzung der Militärdienstzeit in der Roten Armee. Diese Maßnahme wird aus Sparmaßnahmerücksichten vorgenommen.

Die kommunistische Partei Württembergs hat den früheren Reichs- und Landtagsabg. Hans Stecker wegen fortgesetzter parteischädigender Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen. Stecker hatte in einer kommunistischen Parteiverammlung in Schwemningen den vor einiger Zeit gleichfalls aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Landtagsabg. Haller in Schutz genommen, indem er sagte: „Es gibt noch andere korrupte Gestalten, die man hinauswerfen muß.“

Die russisch-französischen Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Es war nicht möglich, auch nur über eine wichtige Frage eine Einigung zu erzielen. Es ist möglich, daß die Besprechungen im Spätherbst von neuem begonnen werden.

Der tschechische Außenminister Beneš hat auf Verlangen seiner Partei das Abgeordnetenmandat zur Kammer niedergelegt.

# Ein verkanntes Problem.

Arbeitszeitkontroversen und Betriebsintensivierung im Handelsgewerbe.

Von Warenhausbesitzer Willi Cohn-Halberstadt.

Es ist typisch für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, daß bei der gegenwärtigen Zuspitzung der Wirtschaftskrise die Versuche, eine Steigerung der Rentabilität im Handelsgewerbe durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen, wieder stark in den Vordergrund getreten sind. Auch die Zulassung von Sonntagsarbeit spielt dabei eine erhebliche Rolle. Der Gesekentwurf der Wirtschaftlichen Vereinigung sieht das in weitem Umfang vor, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Gesekentwurf die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe verlangt.

Es handelt sich bei den gegenwärtigen Erörterungen um zwei Dinge: um die Abänderung des 7-Uhr-Ladenschlusses und um die Aufhebung der Sonntagsruhe. Da in beiden Fragen im wesentlichen mit den gleichen Argumenten gekämpft wird, können sie zusammen behandelt werden, obwohl nicht übersehen werden darf, daß die Frage der Sonntagsruhe bei weitem größere grundsätzliche und praktische Bedeutung hat.

Die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe ist durch eine Verordnung vom 5. Februar 1919 im allgemeinen festgelegt. Die gegenwärtigen Bestrebungen zur Beseitigung der Sonntagsruhe gingen von Bayern aus und griffen von dort aus auch auf eine Reihe weniger dicht bevölkerter Landesteile über. Verlangt wurde die Aufhebung der Sonntagsruhe insbesondere für Landstädte, damit die Landesbevölkerung in die Lage versetzt würde, am Sonntag ihre Einkäufe in der Stadt zu machen. Daneben wird auch darauf hingewiesen, daß durch die Sonntagsruhe ein bedeutendes Ueberhandnehmen des Hausiergewerbes begünstigt wird.

Der 7-Uhr-Ladenschluß ist gesetzlich durch eine Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 (§ 9) festgesetzt, mit der Maßgabe allerdings, daß die Ortspolizeibehörde jährlich an höchstens 20 Tagen den Verkauf bis 9 Uhr abends freigeben kann. Von dieser Ausnahme ist jedoch so gut wie kein Gebrauch gemacht worden.

Was nun bei den gegenwärtigen Bestrebungen auf die Verlängerung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe am stärksten auffällt, ist die geringe Sorgfalt, mit der die verwandten Argumente aufgestellt sind. Doppelt zu bedauern ist dies deswegen, da in breiten Kreisen der Eindruck entstehen muß, als handle es sich bei dem jetzt wieder aufgetauchten Kampfe tatsächlich nur um eine durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung möglich gewordene „Ausnutzung der wieder erstarkten Unternehmerstellung“, eine Pointierung, mit der für die sachliche Weiterführung der Unterjudung dieser Frage nichts gewonnen ist, so daß auch vollständig dahingestellt bleiben kann, in welchem Maße diese Deduktion vielleicht doch das Richtige trifft.

Bei dieser Sachlage erübrigt sich deshalb, der Unterjudung der vorgebrachten Einzelargumente einen zu breiten Raum zu widmen. Sie sind so zufällig gewählt und formuliert, daß ihre Widerlegung ebenso einfach wie ihre Aufstellung ist. Tatsächlich können sie vollständig mit einem Hinweis auf die bisher gemachten Erfahrungen und die Erziehungsidee der Arbeitszeitfrage entkräftet werden. Das trifft sowohl im besonderen Fall der polnischen Wanderarbeiter für die Aufhebung der Sonntagsruhe zu (da genügend katholische Festtage vorhanden sind, die die Erledigung der Einkäufe in der Stadt an Wochentagen ermöglichen), wie auch allgemein für die Festsetzung des Abendchlusses im Handelsgewerbe (da bisher erfahrungsgemäß das Publikum sich an jeden Ladenschluß gewöhnt hat). Man hat es deshalb kaum nötig, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Bevorzugung der Landstädte bei der Festsetzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe eine große Ungerechtigkeit gegenüber größeren und mittleren Städten sein würde und sofort Bestrebungen auslösen müßte, auch für diese die Sonntagsruhe zu beseitigen. Tatsächlich will ja auch schon der von der Wirtschaftlichen Vereinigung vorbereitete Gesekentwurf die Sonntagsruhe grundsätzlich fallen lassen.

Wichtiger als die Behandlung dieser Einzelargumente ist eine Unterjudung des eigentlichen Kerns der jüngsten Arbeitszeitkontroverse, der den Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit mit so offensichtlicher Selbstverständlichkeit zugrunde liegt, daß man es anscheinend nicht für nötig hält, ihn immer wieder mit anzuführen.

Es liegt auf der Hand, daß durch die längere Offenhaltung der Verkaufsstellen eine Steigerung des Umsatzes bezweckt wird, eine Intensivierung des Betriebes oder die Sicherung einer größeren Rentabilität also. Genau gesehen hat man es demnach hier mit dem Versuch einer Rationalisierung des Handelsgewerbes zu tun, wenn man unter Rationalisierung allgemein die Anpassung der Wirtschaft an die neuen Verhältnisse verstehen will. Es empfiehlt sich, die Erörterung einmal unter diesem Gesichtspunkte durchzuführen, da dabei mit größter Eindringlichkeit der grundsätzliche Irrtum der augenblicklichen Arbeitszeitverlängerungsbestrebungen in Erscheinung tritt.

Hierzu ist es nötig, den etwa möglichen Vorteil der vorge schlagenen Arbeitszeitverlängerung mit den „Kosten“ zu





